

Referat RS II 2
RS II 2 - 514 012/4

Bonn, den 25. Oktober 1976
 Hausruf: 4531

ERGEBNISNIEDERSCHRIFT

über

Vorgespräch vom 20.10.1976 im BMI

zum

Ministergespräch "Entsorgung"

mit der Nieders. Landesregierung

Beginn: 9.00 Uhr

Ende: 11.00 Uhr

Teilnehmer: siehe Anlage

1.) Am 26.10.1976 vom BMI
 erhalten

2. über Herrn GT 33
 Herrn Ref. 312
 Herrn Ref. 421
 mit der Bitte um Kenntnisnahme

2. Wv.

Dr. Gletsch

Die Besprechung fand auf Einladung des BMI statt, der gemäß Kabinettsbeschuß vom 9.6.1976 und Ressortgespräch vom 21.6.1976 das nunmehr für den 11.11.1976 in Hannover geplante Ministergespräch federführend vorbereitet, und sollte dem Zweck dienen, die zu behandelnden Themenkreise abzustecken sowie die Rollenverteilung zwischen den beteiligten Bundesministern aufeinander abzustimmen.

Der BMI berichtet einleitend über die derzeitige Genehmigungs- politik (Nachweis einer gesicherten Entsorgung), die im Grund- satz von den Bundesländern mit getragen wird (Hinweis auf Sitzung des Länderausschusses "Atomkernenergie" vom 22./23.9.76: entsprechender Richtlinienentwurf des BMI; Länder bevorzugen Einzelweisungen). Mit der 4. AtG-Novelle und dem geplanten Standorterkundungsprogramm waren zunächst die bundesseitigen Voraussetzungen für die Errichtung des Entsorgungszentrums ge- schaffen, die Projektverwirklichung hing nunmehr entscheidend von der Industrieseite ab. Die zwischenzeitlich eingetretenen Verzögerungen bei der Standorterkundung bergen die Gefahr einer "Beweislastumkehr" in sich, der beizeiten begegnet werden muß. Klärende Gespräche mit der Nieders. Landesregierung sind deshalb von großer Bedeutung. Der Brief des Nieders. MinPräs. Albrecht vom 7.10.76 (Eingang beim BK am 21.10.76) deutet an, daß die Themenbereiche

- hinreichende Information,
- Berücksichtigung der internationalen Situation und
- weiteres Vorgehen

behandelt werden sollen. Der im letzten Absatz des Briefes ange- sprochene Aufschub einer Entscheidung muß nach Möglichkeit ver-

mieden werden, zumal bei allen in Betracht gezogenen Standorten nach Auffassung der Sachverständigen (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sowie Nieders. Landesanstalt für Bodenkunde) eine generelle Eignung vorausgesetzt werden kann (von den Nieders. Genehmigungsbehörden auch akzeptiert), den betroffenen Nieders. Behörden bereits umfangreiches Informationsmaterial zur Verfügung steht und im Rahmen der Genehmigungsverfahren eine Anhörung und Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung vorgeschrieben ist.

Der BMWi unterstreicht nochmals, daß die Kernenergie unverzichtbar, eine Verzögerung bei der Entsorgung nicht vertretbar ist und dabei insbesondere auch Wettbewerbsgesichtspunkte zu berücksichtigen sind. Die Genehmigungspolitik wird im Grundsatz befürwortet, verfahrensmäßig jedoch skeptisch beurteilt; Bund und Wirtschaft sollten sich gemeinsam darum bemühen, die Bundesländer und die Bevölkerung von der Notwendigkeit und der Sicherheit der Kernenergie zu überzeugen. Im Zusammenhang mit der Fortschreibung der Kohle-Verstromungsgesetze sind klare Aussagen über die Zukunft der Kernenergie erforderlich. Als Themenbereiche für das Ministergespräch werden aus der Sicht des BMWi vorgeschlagen:

- Überzeugung von der Notwendigkeit der Kernenergie und damit auch einer termingerechten Entsorgung
- Frage nach Entsorgungsalternativen im Ausland bzw. in anderen Bundesländern
- wirtschafts-, struktur- und sozialpolitische Vorteile für Niedersachsen.

Die Entscheidungsebene um den Nieders. MinPräs. muß auf den Stand unseres Wissens gebracht werden, um das Konzept der Bundesregierung in der Nieders. Öffentlichkeit vertreten zu können. Im Hinblick auf die Nieders. Landtagswahlen in 1978 ist allerdings damit zu rechnen, daß Niedersachsen unter dem Vorwand, eingehendere Prüfung von Alternativen (z.B. auch Zwischenlagerung) und keine gewaltsame Durchsetzung (Polizeieinsatz) des Projekts zu wollen, eine Verschiebung der Entscheidung bis wenigstens nach der 1978er Wahl anstrebt.

Das BK schließt sich diesen Ausführungen an und ergänzt die vorgeschlagene Themenliste um

- Sicherheit der Verfahren (Hinweis auf z.B. Fernsehinterview des SPD-MdB Haenschke) und damit
- Frage der Durchsetzbarkeit bzw. Akzeptanz des Projekts (Beteiligung der Öffentlichkeit während der Genehmigungsverfahren reicht nicht).

Bezüglich der amerikanischen Vorstellungen, die Entsorgung international zu organisieren, muß die deutsche Position klargestellt werden (nicht auf internationale Lösung warten, sondern jetzt in eigener Regie verwirklichen; ob nach Akzeptanz durch die Bevölkerung das deutsche Entsorgungszentrum später internationalisiert werden könnte, steht heute nicht zur Diskussion).

Wichtig: den Verordnungen (bisher) nicht folgen, sondern die Entscheidung über die Internationalisierung abwarten.

Der BMFT unterstreicht den Wunsch Niedersachsens nach Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit. Um die Termine in etwa einhalten zu können, muß in dem Ministergespräch auch

- das künftige Vorgehen bei der Verwirklichung des Projekts (Standorterkundungsprogramm, Genehmigungsverfahren)

behandelt werden. In diesem Zusammenhang darf die Nieders. Landtagswahl nicht ausschlaggebend sein (irgendwo sind immer Wahlen). Es wäre von großem Vorteil, wenn ohne vorherige Standortentscheidung das Genehmigungsverfahren mit der Prüfung der standortunabhängigen Unterlagen schon eingeleitet werden könnte, und zwar gleichzeitig für mehrere Standorte. Bezüglich der Durchsetzbarkeit ist zu beachten, daß im jeweils regional betroffenen Gebiet Akzeptanz erreichbar scheint, Schwierigkeiten aber insbesondere mit überregional organisierten Gegnergruppen zu erwarten sind.

Es wird vereinbart, für das Ministergespräch folgende Positionspapiere zu erstellen:

- BMWi : Rolle der Kernenergie und Bedeutung der Entsorgung
- BMFT : Entsorgungskonzept der Bundesregierung (einschließlich Sachstand zur Industriesituation und Berücksichtigung internationaler Überlegungen)
- BMFT : Sachstand zur Akzeptanz i.d. Öffentlichkeit
- BMWi/
BMFT : Vorteile für Niedersachsen
- BMI : Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit und Beteiligung der Öffentlichkeit.

Die Erkenntnisse und Ergebnisse aus dem für den 27.10.1976 vereinbarten Vorgespräch mit den betroffenen Nieders. Stellen in Hannover sollen dabei berücksichtigt werden. Die Positionspapiere sollen am 2.11.1976 allen beteiligten Bundesressorts vorliegen, am 4.11.1976 9.00 Uhr im BMI (Sitzungszimmer wird noch mitgeteilt) abgestimmt und anschließend den beteiligten Nieders. Ministern zugesandt werden. Der BMI wird gebeten, die Nieders. Partner des Vorgesprächs vom 27.10.1976 telefonisch über die Themenliste aus der Sicht des Bundes zu informieren.

Damit soll erreicht werden, daß auf Nieders. Seite alle zuständigen Stellen an dem Vorgespräch teilnehmen (voraussichtlich : Staatskanzlei, Sozialminister, Minister für Wirtschaft und Verkehr sowie Landwirtschaftsminister). Auf Bundesseite werden teilnehmen:

- BMI : AL RS, UAL RS II, RS I 1, RS I 5
- BMWi : UAL III B, III B 5
- BMFT : AL 3 (oder UAL 31)
- BK : wird noch mitgeteilt.

tel. abgefragt.

Bei diesem Vorgespräch soll die rechtzeitige Übersendung der Positionspapiere angekündigt werden.
Das Vorgespräch vom 27.10.1976 soll abgewartet werden, bevor der letzte Brief von MinPräs.Albrecht beantwortet wird.

An dem 11.11.1976 als Termin für das Ministergespräch soll nach Möglichkeit festgehalten werden.

Protokollführer

Breest
(Breest)